

IHK-Konjunkturbericht für die Metropolregion Rhein-Neckar zu Jahresbeginn 2016

Herausgeber: IHKs Darmstadt, Pfalz, Rheinessen und Rhein-Neckar

Die vier IHKs in der Metropolregion Rhein-Neckar vertreten die Interessen von rund 150.000 überwiegend mittelständisch geprägten Unternehmen. Diese Unternehmen beschäftigten einen Großteil der rund 890.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer in der Metropolregion (30. Juni 2015). Die Bruttowertschöpfung in der Region liegt bei rund 77 Milliarden Euro (2013). Um der wachsenden Bedeutung der Wirtschaftsregion Rhein-Neckar gerecht zu werden, erstellen die vier IHKs zusätzlich zu ihren regionalen Konjunkturberichten zu Jahresbeginn einen gemeinsamen Bericht zur aktuellen Geschäftslage und zu den Erwartungen der Unternehmen in der Metropolregion. Rund 3.200 Unternehmen, überwiegend Handelsregisterfirmen aus den Wirtschaftssektoren Industrie, Handel und Dienstleistungen, wurden hierzu in die Umfrage einbezogen.



Quelle: Metropolregion Rhein-Neckar-GmbH

Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar
Rheinstr. 89
64295 Darmstadt
Tel.: 06151 871-0
Fax: 06151 871-101
www.darmstadt.ihk.de
E-Mail: info@darmstadt.ihk.de

Industrie- und Handelskammer für die Pfalz
Ludwigsplatz 2-4
67059 Ludwigshafen
Tel. 0621 5904-0
Fax 0621 5904-1214
www.pfalz.ihk24.de
E-Mail: info@pfalz.ihk24.de

Industrie- und Handelskammer für Rheinessen
Schillerplatz 7
55116 Mainz
Tel.: 06131 262-0
Fax: 06131 262-1113
www.rheinessen.ihk24.de
E-Mail: service@rheinessen.ihk24.de

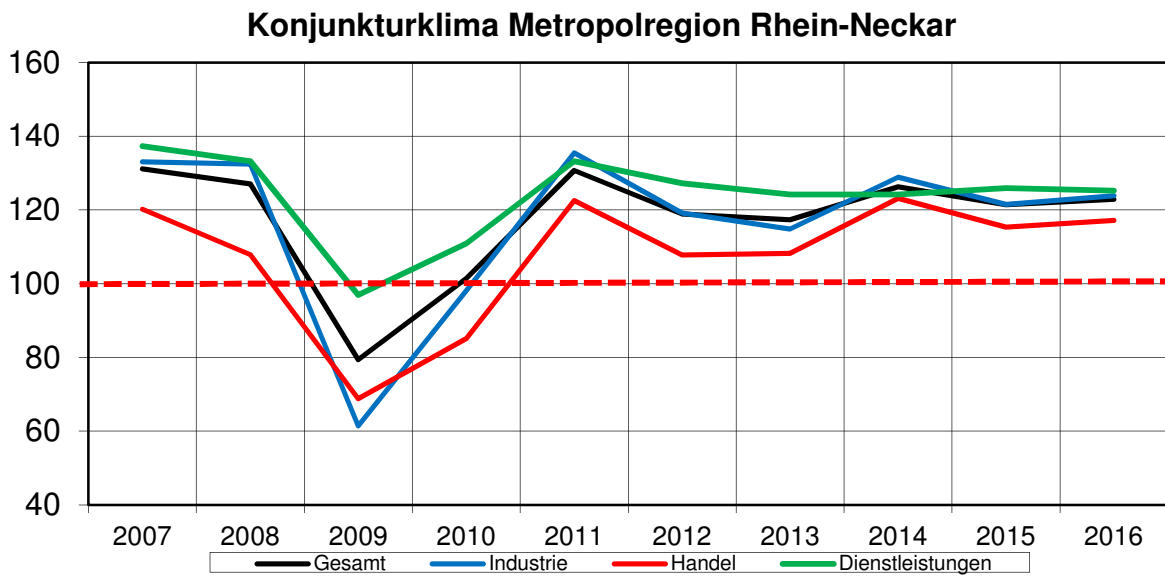
Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar
L 1, 2
68161 Mannheim
Tel.: 0621 1709-0
Fax: 0621 1709-100
www.rhein-neckar.ihk24.de
E-Mail: ihk@rhein-neckar.ihk24.de

Konjunktur zu Jahresbeginn 2016: Wirtschaft in robuster Verfassung

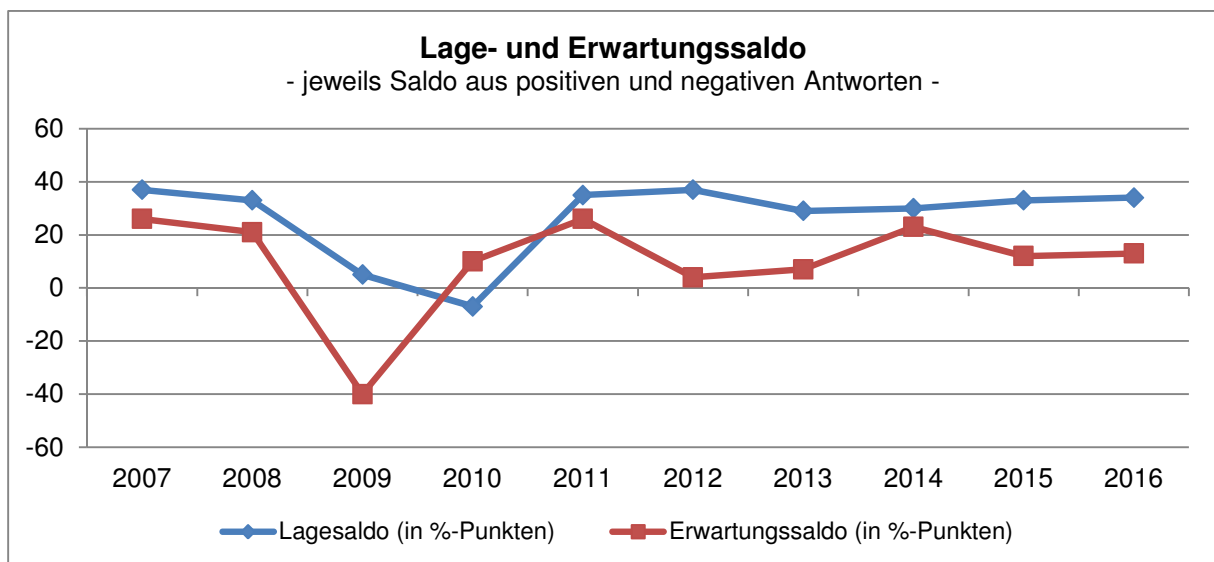
Die Meldungen aus der Wirtschaft sind durchaus positiv, werden aber von bedeutenden Risiken überschattet: So zeigen sich zu Beginn des Jahres 2016 die Unternehmen in der Metropolregion Rhein-Neckar wirtschaftlich in einer robusten Verfassung. Sie profitieren von einem schwachen Euro-Wechselkurs, der die Exporte antreibt sowie von der Erholung einiger Euro-Staaten. Das andauernde Niedrigzinsumfeld und die stabile Arbeitsmarktlage animieren zudem die Verbraucher, ihr Geld verstärkt in den Konsum zu stecken anstatt anzusparen. Hinzu kommt der historisch niedrige Ölpreis, durch den die Kostenbelastung in den Betrieben sinkt. So wird das aktuelle **Geschäftsklima** sowohl in der Industrie als auch im Handel und Dienstleistungssektor überwiegend als befriedigend bis gut beurteilt. Gleiches gilt für die **Geschäftsaussichten** für dieses Jahr, die mehrheitlich als gleichbleibend – auf Basis der aktuell zufriedenstellenden geschäftlichen Situation – eingestuft werden. Gleichzeitig schätzt rund ein Viertel der Unternehmen seine geschäftlichen Perspektiven noch optimistischer ein. Auch im Hinblick auf den **Export** rechnen die meisten Industrieunternehmen mit einer konstanten Auslandsnachfrage und fast ein Drittel sogar mit einer dynamischen Entwicklung ihres Exportgeschäfts in den nächsten 12 Monaten. Die **Investitionspläne** unterscheiden sich dagegen in den einzelnen Wirtschaftszweigen deutlich voneinander. Lediglich im Handel sind aktuell Anzeichen einer Erholung erkennbar. In der Industrie und im Dienstleistungssektor hingegen zeugen die Investitionsplanungen unverändert von Vorsicht und Zurückhaltung. Die Signale, die vom **Arbeitsmarkt** ausgehen, lassen in allen drei Wirtschaftszweigen eine stabile Entwicklung im Verlauf dieses Jahres erwarten. Allerdings fehlen Anzeichen einer möglichen Belebung.

Diese insgesamt eher günstigen Nachrichten können nicht über eine ganze Reihe bedeutender Risiken hinwegtäuschen, die sich im Verlauf dieses Jahres als echte Hindernisse und Gefahren für die eigene Geschäftstätigkeit erweisen und sie in der Folge massiv ausbremsen könnten.

Dabei war die **Risikolandschaft** selten so breit gefächert und so unübersichtlich wie heute. Politische Unruhen im Nahen Osten, gepaart mit einer weltweit hohen Terrorgefahr und einem bisher nicht erlebten Einbruch des Ölpreises, der die ohnehin schwächelnden Schwellenländer an den Rand der politischen und wirtschaftlichen Stabilität bringt, gefährden weltweit die Stabilität und schaffen ein Umfeld der Unsicherheit und mangelnder Planbarkeit. Hinzu kommt der Zustrom an Flüchtlingen als größte innenpolitische Herausforderung der nächsten Monate und Jahre. So verwundert es nicht, dass die Unternehmen mit großer Sorge die Entwicklung verschiedener Indikatoren verfolgen. Dazu gehört in erster Linie die **inländische Nachfrage**, die in den vergangenen Monaten als wichtigste Konjunkturstütze fungierte, sich nun aber angesichts wachsender Risiken deutlich abschwächen könnte. Einen weiteren bedeutenden Risikofaktor stellen die **Arbeitskosten** dar, die im Zuge der in wichtigen Industriebranchen anstehenden Tarifverhandlungen sowie der bereits im Einzel- und Großhandel beschlossenen Tarifverträge, weiter ansteigen werden. Aber auch der **Fachkräftemangel**, der sich in einigen Teilen der Wirtschaft bereits heute bemerkbar macht und sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen wird, entpuppt sich zunehmend als bedeutender Risikofaktor für die eigene Geschäftstätigkeit. Auch eine mögliche Verschlechterung der allgemeinen **wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen** durch binnenpolitische Weichenstellungen wird von vielen Unternehmen als besonderes Risiko für die eigene Geschäftsentwicklung gewertet. Und: Nicht wenige Industrieunternehmen sorgen sich zudem um eine mögliche Abschwächung des **Auslandsgeschäfts**. Dass die Sorge um steigende **Energie- und Rohstoffpreise** insbesondere die Industrie- und auch Handelsunternehmen umtreibt, liegt an den in diesem Jahr greifenden gesetzlich implementierten Erhöhungen u. a. bei der EEG-Umlage, bei den Netzentgelten sowie bei den KWKG (Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz)-Aufschlägen.

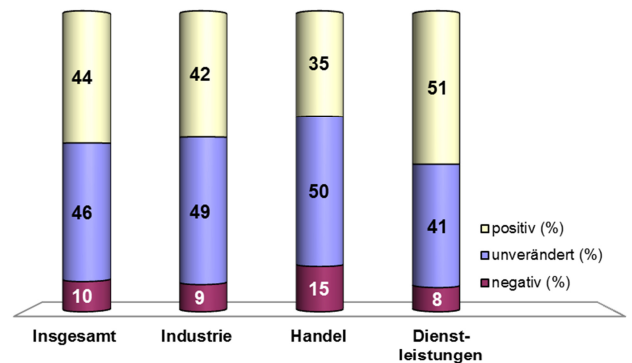


Der IHK-Geschäftsklimaindex bündelt die aktuelle wirtschaftliche Lage und die Erwartungen der Unternehmen. Nach einer Seitwärtsbewegung seit 2014 liegt der Index heute bei 123 Punkten. Dieser über der Wachstumsschwelle von 100 liegende Wert deutet darauf hin, dass sich die Wirtschaft der Metropolregion Rhein-Neckar nach wie vor auf einem stabilen Wachstumskurs befindet.

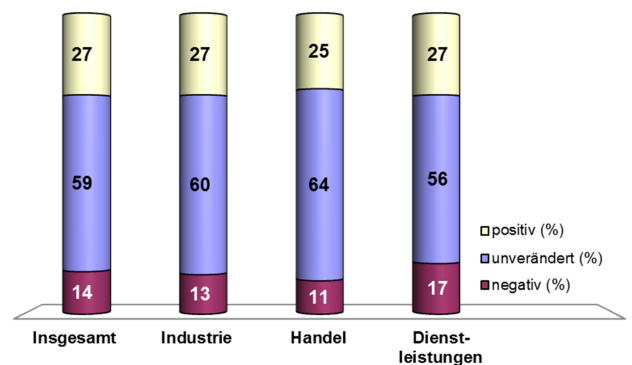


Gesamtwirtschaft

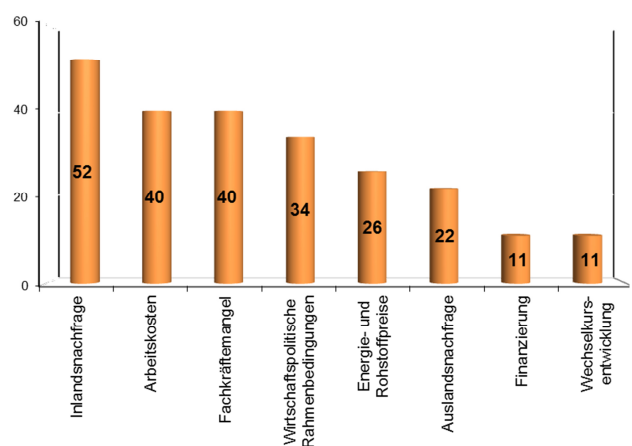
Zu Jahresbeginn 2016 wird das aktuelle **Geschäftsklima** von den Unternehmen in der Metropolregion Rhein-Neckar insgesamt als zufriedenstellend bewertet. So sprechen heute 46% der Betriebe aus Industrie, Handel und Dienstleistungen von einer befriedigenden geschäftlichen Situation und fast ebenso viele (44%) bezeichnen sie als gut. Lediglich jeder zehnte Betrieb klagt über einen derzeit schwachen Geschäftsverlauf. Ein Blick auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche zeigt, dass gegenwärtig insbesondere die Dienstleistungsunternehmen von guten Geschäften profitieren. Vor einem Jahr fielen die Urteile ähnlich aus: Damals meldeten 42% der Unternehmen über alle Wirtschaftszweige hinweg eine gute geschäftliche Situation, 49% charakterisierten sie als einigermaßen zufriedenstellend und 9% als schlecht.



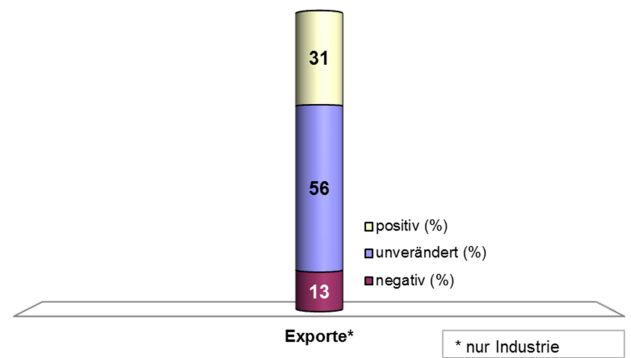
Für die nächsten 12 Monate rechnen sechs von zehn Unternehmen insgesamt mit einem gleichbleibenden **Konjunkturverlauf** und gut ein Viertel der Betriebe geht von einer Belebung im Verlauf dieses Jahres aus. Zugleich befürchten 14% dämpfende Einflüsse. Diese Einschätzung teilen die Unternehmen aller drei Wirtschaftszweige. Dabei hat sich die Erwartungshaltung der Wirtschaft nicht wesentlich verändert: Vor einem Jahr hofften 26% auf eine positive Wirtschaftsentwicklung und 14% befürchteten einen rückläufigen Trend.



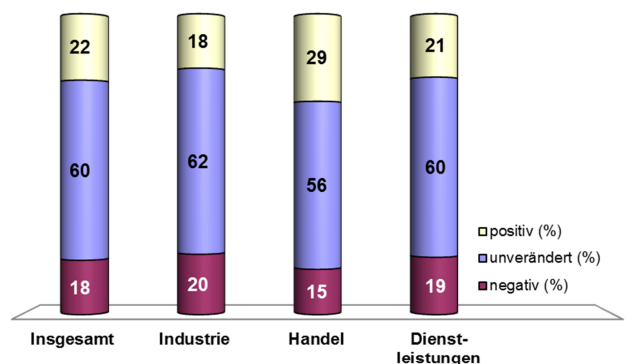
Derzeit blicken die Unternehmen mit **Sorge** auf einige bedeutende Risikofaktoren, die in den nächsten 12 Monaten die wirtschaftliche Entwicklung ihres Unternehmens beeinträchtigen könnten. Als größter Risikofaktor gilt dabei die künftige Entwicklung der Inlandsnachfrage. Diese könnte, so die Sorge der Betriebe, im Verlauf dieses Jahres deutlich abflauen (52%; Mehrfachantworten). Aber auch die Auslandsnachfrage könnte spürbar an Dynamik verlieren, wie insbesondere die Industrieunternehmen befürchten (37%; insgesamt: 22%). Zudem blicken die Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche mit Sorge auf die Arbeitskosten, die in diesem Jahr aller Voraussicht nach deutlich ansteigen werden und auf den sich verschärfenden Fachkräftemangel (jeweils 40%). Ein Drittel der antwortenden Betriebe befürchtet außerdem, dass sich die allgemeinen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nennenswert verschlechtern könnten. Darüber hinaus treibt ein Viertel der Betriebe – vorwiegend Industrie- und Handelsunternehmen – die Sorge über steigende Energie- und Rohstoffpreise um. Das Thema Finanzierung spielt dagegen in den Augen der Unternehmen im Moment nur eine untergeordnete Rolle als Risikofaktor.



Die Industrieunternehmen in der Metropolregion Rhein-Neckar schätzen zu Jahresbeginn 2016 ihre **Exportaussichten** etwas schwächer ein als noch vor einem Jahr. So gehen heute 31% der Betriebe (2015: 35%) von einer dynamischen Entwicklung in den nächsten 12 Monaten aus und 56% halten einen gleichbleibenden Trend für wahrscheinlich (55%). Zugleich erhöht sich der Anteil an Exportbetrieben leicht (von 10% auf 13%), die mit einer nachlassenden Auslandsnachfrage rechnen.

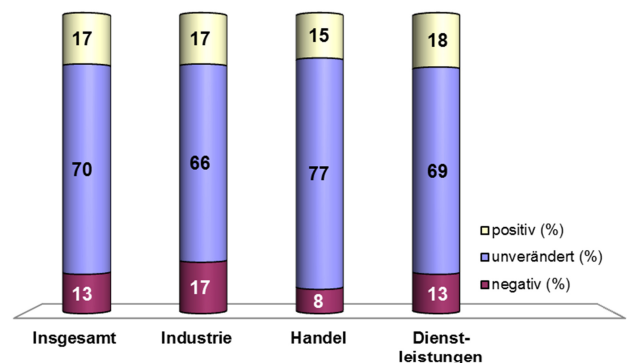


Zu Jahresbeginn 2016 bewegt sich die **Investitionsneigung** der Unternehmen aus der Metropolregion auf Vorjahresniveau. So planen heute 22% (2015: 24%) der Unternehmen insgesamt, ihre Investitionsausgaben in den kommenden 12 Monaten zu erhöhen und bei sechs von zehn Betrieben (58%) bleibt der Etat konstant. Zugleich denken unverändert 18% der Betriebe über eine Kürzung ihres Investitionsbudgets nach. Dabei weichen die Pläne der einzelnen Wirtschaftszweige deutlich voneinander ab. Während in der Industrie und im Dienstleistungssektor die Investitionsneigung gesunken ist, planen die Handelsunternehmen verstärkt, in den kommenden 12 Monaten Investitionen zu tätigen.



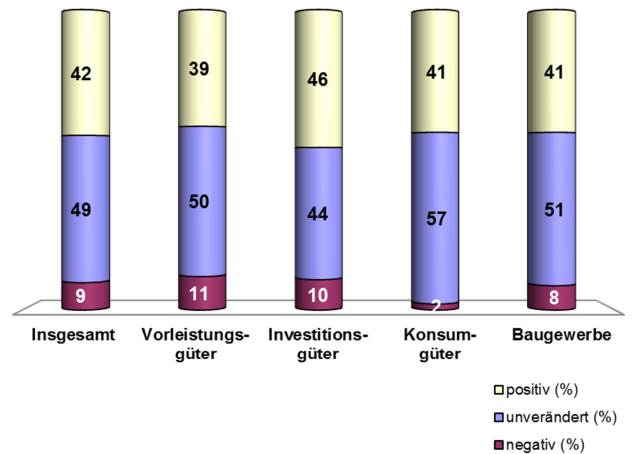
Das **Hauptmotiv** der geplanten Maßnahmen ist die Ersatzbeschaffung, wie 63% der Unternehmen bestätigen (Mehrfachantworten). An zweiter Stelle rangieren Investitionen zur Einführung von Produktinnovationen (37%) und an dritter Rationalisierungsmaßnahmen (31%). Rund ein Viertel der Betriebe gibt zudem an, in den nächsten 12 Monaten Maßnahmen zur Erweiterung der Kapazitäten durchzuführen und bei 17% stehen Maßnahmen zur Stärkung des Umweltschutzes an.

Die Situation auf dem **Arbeitsmarkt** bleibt in den kommenden 12 Monaten stabil. So melden heute 70% der Unternehmen, dass sie ihre Beschäftigtenzahl im Verlauf dieses Jahres konstant halten werden und 17% planen Neueinstellungen. Gleichzeitig teilen 13% der Betriebe mit, dass sie wohl um einen Abbau von Arbeitsplätzen nicht umhin kommen. Dieser Trend vollzieht sich in allen drei Wirtschaftsbereichen, wobei vergleichsweise wenige Handelsunternehmen über eine Verringerung ihrer Beschäftigtenzahl nachdenken.

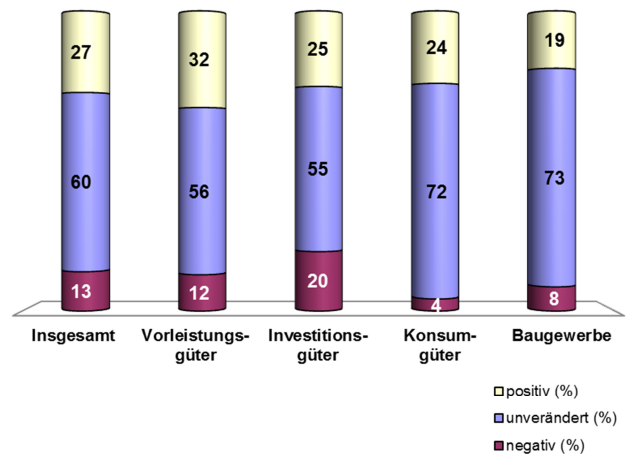


Industrie

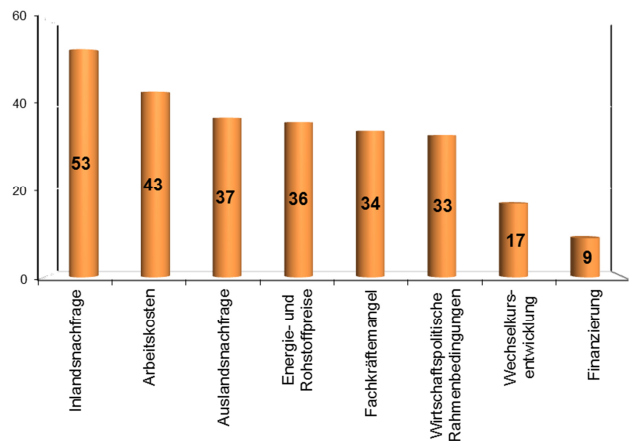
Die Industrieunternehmen in der Metropolregion Rhein-Neckar stufen ihre **Geschäftslage** derzeit überwiegend als befriedigend ein, wie 49% der Betriebe bestätigen. Zugleich teilen 42% mit, dass ihre gegenwärtige Situation gut ist und nur 9% klagen über ein schlechtes Geschäftsklima. Die aktuelle Lage wird in allen Industriehauptgruppen ähnlich bewertet – dabei fallen die Urteile aus dem Bereich der Konsumgüterhersteller überdurchschnittlich günstig aus. Vor einem Jahr fielen die Urteile ähnlich aus: 43% der Industriebetriebe sprachen von einer guten geschäftlichen Situation, 48% bezeichneten ihre Lage als befriedigend und 9% als schlecht.



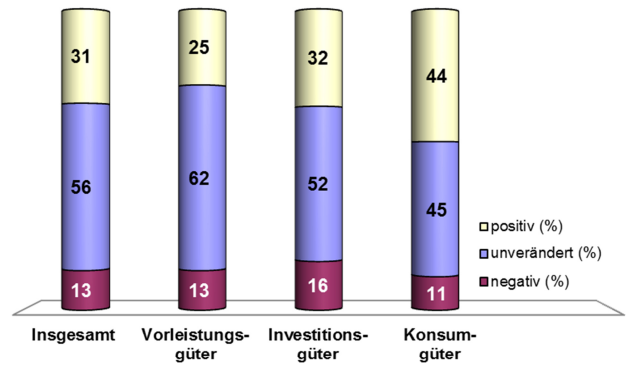
Für die nächsten 12 Monate rechnet die Mehrheit der Industrieunternehmen (60%) mit einem gleichbleibenden **Konjunkturtrend**. Gleichzeitig hält gut ein Viertel der Betriebe eine Aufwärtsbewegung für wahrscheinlich und 13% hingegen befürchten eine Eintrübung. Vor einem Jahr schätzten die Unternehmen ihre geschäftlichen Aussichten ähnlich ein: 25% gingen von belebenden Effekten aus und 60% hielten weder eine Verbesserung noch eine Abschwächung für wahrscheinlich.



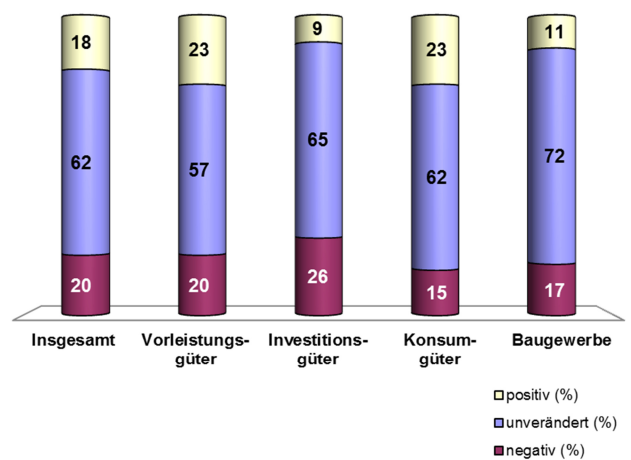
Als **Hauptrisikofaktor** für die weitere wirtschaftliche Entwicklung gilt die Entwicklung der Inlandsnachfrage (53%; Mehrfachantworten). Mit Sorge blicken die Unternehmen zudem auf ihr Exportgeschäft, das sich im Verlauf dieses Jahres abschwächen könnte (37%) sowie auf die in diesem Jahr zu erwartenden Steigerungen bei den Arbeitskosten (43%). Jeweils rund ein Drittel der Antwortenden befürchtet darüber hinaus, dass sich der Fachkräftemangel nennenswert verschärfen (34%) und sich die allgemeinen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen verschlechtern könnten (33%). Auch die Energie- und Rohstoffpreise stehen weiterhin im Fokus (36%): Grund sind gesetzlich verankerte Erhöhungen einiger Umlagen und Aufschläge. Ein besonderes Wechselkursrisiko sehen 17% der Industriebetriebe und Finanzierungsprobleme befürchten 9%.



Drei von zehn Industriebetrieben rechnen in diesem Jahr mit einer Belebung ihres **Exportgeschäfts** und 56% halten eine konstante Entwicklung der Auslandsnachfrage für wahrscheinlich. Zugleich gehen 13% von einer Abschwächung aus. Insbesondere die Produzenten von Ge- und Verbrauchsgütern rechnen mit einer lebhaften Nachfrageentwicklung. Vor einem Jahr war die Erwartungshaltung der Industriebetriebe höher. Damals hofften 35% auf eine dynamische Entwicklung, 55% rechneten mit einer Exporttätigkeit auf konstantem Niveau und nur jeder Zehnte befürchtete einen schwächeren Verlauf.

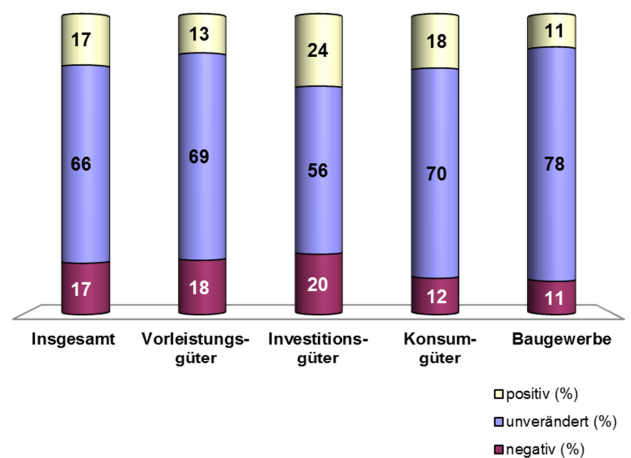


Die **Investitionsbereitschaft** der Industrieunternehmen bleibt zu Beginn des Jahres 2016 wenig ausgeprägt und liegt unter dem Niveau des Vorjahres. So teilen heute 18% der Unternehmen (2015: 25%) mit, dass sie über eine Ausweitung ihres Volumens nachdenken und bei 62% (57%) bleiben die Ausgaben in diesem Jahr konstant. Daneben erwägt jeder fünfte Betrieb, seine Investitionsausgaben im Verlauf dieses Jahres zurückzufahren (18%). Dies planen vor allem Hersteller aus dem Bereich der Investitionsgüter.



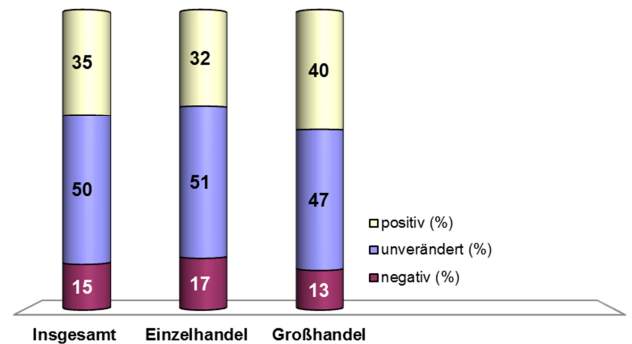
Das Gros der geplanten Investitionen dient der **Ersatzbeschaffung**, wie 68% der Industrieunternehmen mitteilen (Mehrfachnennungen). Jeweils rund vier von zehn Betrieben geben zudem an, Maßnahmen zu Rationalisierungszwecken (42%) und/oder zur Einführung von Produktinnovationen (38%) durchzuführen. Maßnahmen zur Ausweitung der Kapazitäten planen 28% und in den Umweltschutz 23%.

Zu Jahresbeginn 2016 melden zwei Drittel der Industrieunternehmen, dass sie in den nächsten 12 Monaten an ihrem aktuellen **Beschäftigungsstand** festhalten werden. Bei jeweils 17% stehen Neueinstellungen auf dem Plan bzw. wird ganz im Gegenteil die Streichung von Arbeitsplätzen erwogen. Dabei fallen die Beschäftigungspläne in den einzelnen Industriehauptgruppen sehr unterschiedlich aus. Vor einem Jahr dachten mehr Unternehmen über einen Abbau als über einen Aufbau von Arbeitsplätzen nach (19% gegenüber 14%).

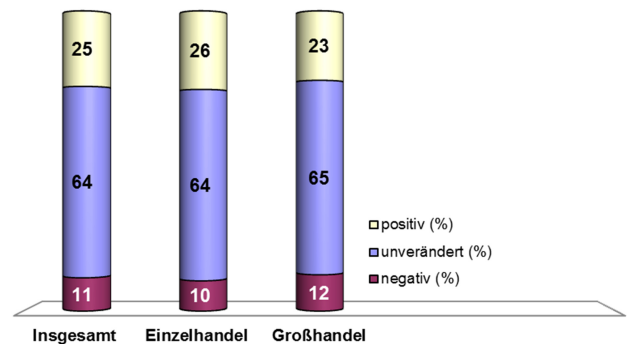


Handel

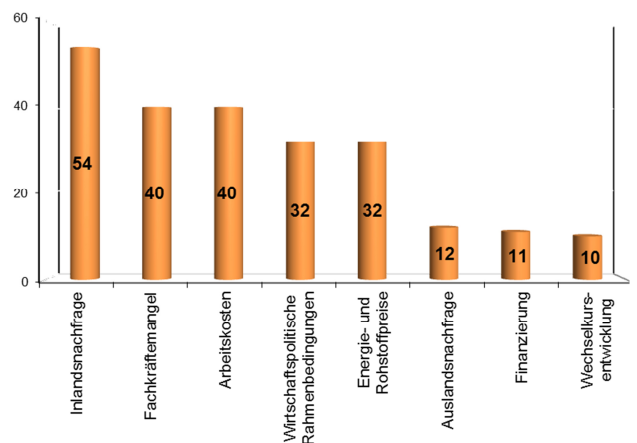
Jeder zweite Betrieb aus Einzel- und Großhandel spricht zu Jahresanfang 2016 von einer befriedigenden **geschäftlichen Situation** und 35% bezeichnen sie als gut. Dies sind vor allem Unternehmen aus dem Großhandel. 15% der Handelsunternehmen haben Grund zur Klage. Vor einem Jahr fielen die Urteile ähnlich aus: Ein Drittel meldete ein günstiges Geschäftsklima und bei 54% verliefen die Geschäfte damals auf einem befriedigenden Niveau.



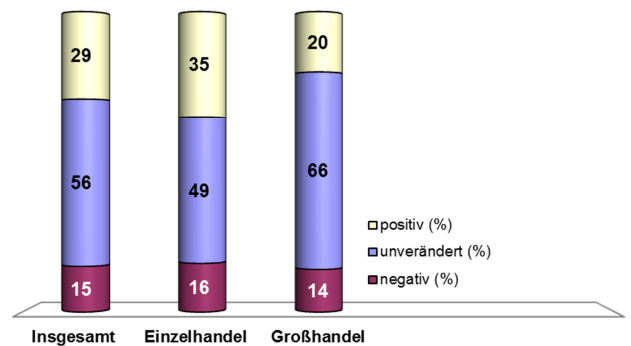
Knapp zwei von drei Handelsunternehmen rechnen mit einer konstanten **Wirtschaftsentwicklung** in den kommenden 12 Monaten und ein Viertel blickt mit Zuversicht in die Zukunft. Lediglich 11% halten eine Abschwächung für wahrscheinlich. Dabei werden die geschäftlichen Perspektiven von Einzel- und Großhandel fast gleich eingeschätzt. Am Jahresanfang 2015 wurden die Geschäftsaussichten ähnlich eingestuft: 24% hofften auf eine Aufwärtsentwicklung und 63% rechneten mit einer Geschäftstätigkeit auf gleichbleibendem Niveau.



Die Unternehmen aus dem Handelsbereich blicken – ebenso wie die Industrieunternehmen – mit großer **Sorge** auf die weitere Entwicklung der Binnennachfrage (54%; Mehrfachnennungen). Aber auch die anstehenden Steigerungen bei den Arbeitskosten – die zweite Stufe der Tariferhöhungen tritt in diesem Jahr in Kraft - sowie der zunehmende Engpass bei den Fachkräften werden als bedeutende Risikofaktoren für die eigene geschäftliche Entwicklung angesehen (jeweils 40%). Jeweils knapp ein Drittel der Betriebe aus Einzel- und Großhandel befürchten zudem, dass die Energie- und Rohstoffpreise steigen könnten und sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen spürbar verschlechtern könnten (jeweils 32%). 12% halten zudem einen Rückgang der Auslandsnachfrage für wahrscheinlich, 11% rechnen mit einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen und 10% mit einer ungünstigen Entwicklung der Wechselkurse.

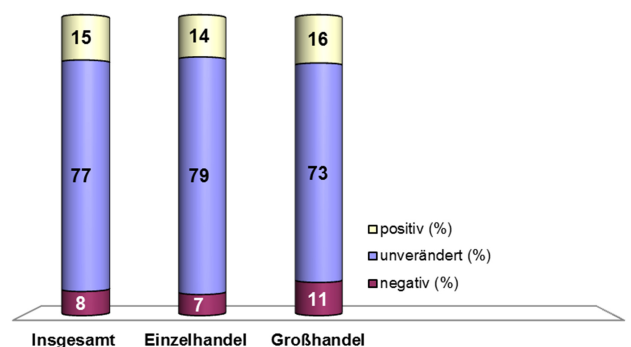


Die **Investitionspläne** des Handels stehen im Zeichen der Expansion: Deutlich mehr Unternehmen als noch vor einem Jahr (29% gegenüber 20%) planen eine Verstärkung ihres Engagements und deutlich weniger (15% gegenüber 25%) werden ihre Ausgaben im Laufe des Jahres drosseln. Bei 56% (55%) werden die Ausgaben für Investitionen weder steigen noch sinken. Es sind vor allem die Einzelhändler, die in den nächsten 12 Monaten verstärkt investieren wollen.



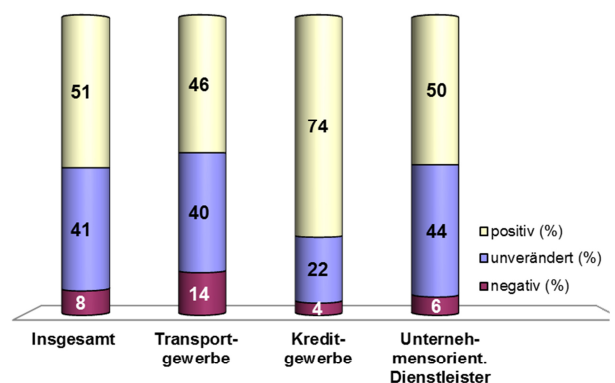
Das wichtigste **Motiv** der geplanten Maßnahmen ist die Ersatzbeschaffung, wie 60% der Betriebe mitteilen (Mehrfachnennungen). Zugleich ist aber der Anteil an Unternehmen stark angestiegen, die aus Gründen der Kapazitätserhöhung Investitionen tätigen werden (von 19% auf 30%). Dies trifft sowohl auf die Einzel- als auch die Großhändler zu. Investitionen zur Einführung von Produktinnovationen planen ebenfalls 30% der antwortenden Betriebe. Jeweils ein Fünftel gibt an, Investitionen zu Rationalisierungszwecken (21%) bzw. zur Erhöhung des Umweltschutzes (19%) durchzuführen.

Mit einem Anteil von knapp 80% teilt die breite Mehrheit der Handelsunternehmen mit, dass sie ihre **Mitarbeiterzahl** konstant halten wird. Zugleich planen 15%, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und lediglich 8% können eine Verringerung ihres Personalstamms nicht ausschließen. Diese Absichten teilen Einzel- und Großhandel. Vor einem Jahr planten mehr Unternehmen, die Zahl ihrer Beschäftigten zu reduzieren (15%) und etwas weniger als heute planten den Aufbau von Personal (12%).

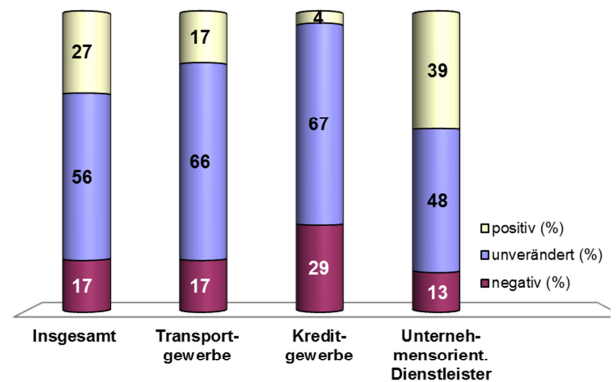


Dienstleistungen

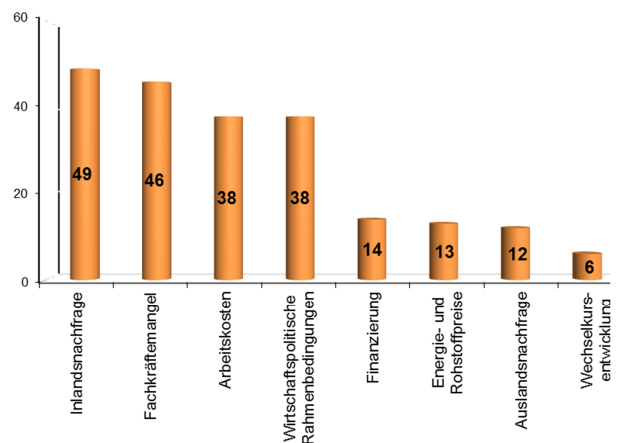
Zu Jahresbeginn 2016 meldet jeder zweite Betrieb aus dem Dienstleistungssektor eine gute **Geschäftslage** und 41% sprechen von einem akzeptablen Geschäftsniveau. Lediglich 8% klagen über einen momentan schwachen Verlauf der Geschäftstätigkeit. Das Geschäftsklima wird in den einzelnen Dienstleistungsparten fast übereinstimmend positiv beurteilt, wobei sich die Kreditinstitute gegenwärtig mit ihrer Geschäftssituation besonders zufrieden zeigen. Bereits vor einem Jahr wurde die Geschäftslage überdurchschnittlich positiv beurteilt. Damals berichteten 48% von einer guten und 45% von einer befriedigenden Situation.



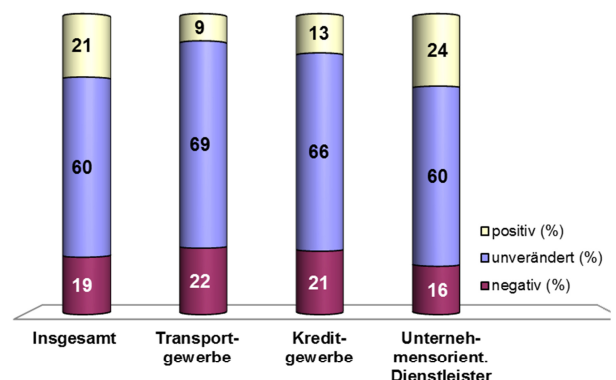
Wie auch in Industrie und Handel schätzen die Dienstleister ihre **geschäftlichen Aussichten** mehrheitlich als gleichbleibend ein. Dieser Ansicht schließen sich 56% der Unternehmen insgesamt an. Gleichzeitig geht gut ein Viertel der Betriebe von einem günstigen Geschäftsverlauf in den nächsten 12 Monaten aus und 17% äußern sich skeptisch. Während die Kreditinstitute vermehrt mit einer Abkühlung der Konjunktur im Verlauf dieses Jahres rechnen, blicken überdurchschnittlich viele unternehmensorientierte Dienstleister optimistisch in die Zukunft. An der Gesamteinschätzung hat sich nicht viel geändert: Bereits vor einem Jahr ging die Mehrzahl der Dienstleistungsunternehmen über alle Sparten hinweg (57%) von einem konstanten und 28% von einem günstigen Konjunkturtrend aus.



Nach Ansicht der meisten Dienstleister besteht das größte **Risiko** für einen negativen Einfluss auf ihre Geschäftstätigkeit in einer abflauenden Inlandsnachfrage. Dies befürchtet knapp die Hälfte aller antwortenden Unternehmen (Mehrfachnennungen), dicht gefolgt von dem Problem einer zunehmenden Knappheit an Fachkräften (46%). Aber auch höhere Arbeitskosten sowie sich verschlechternde wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen werden als ernstzunehmende Risiken eingestuft (jeweils 38%). Dass die Auslandsnachfrage einbrechen könnte, befürchten 12% und fast ebenso viele (13%) sehen die Energie- und Rohstoffpreise als besondere Risikofaktoren an. Ähnlich hoch ist der Anteil an Betrieben, die mit einer deutlichen Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen rechnen (14%). Dagegen wird die Sorge um eine ungünstige Wechselkursentwicklung nur von wenigen geteilt (6%).



Die Dienstleistungsunternehmen zeigen sich in ihrem **Investitionsverhalten** zurückhaltend. Dabei fällt die Investitionsbereitschaft niedriger aus als noch zu Jahresanfang 2015. So stehen heute bei 21% der Betriebe (2015: 24%) höhere Investitionsausgaben an und bei 60% (61%) bleibt der Etat in den nächsten 12 Monaten konstant. Daneben teilen 19% (15%) mit, dass sie eine Reduzierung ihrer Ausgaben planen. Die Planungen in den einzelnen Sparten gestalten sich sehr unterschiedlich: Vergleichsweise wenige Unternehmen aus dem Bereich Verkehr- und Nachrichtenvermittlung und überdurchschnittlich viele unternehmensorientierte Dienstleister planen eine Ausweitung ihrer Investitionstätigkeit.



Die geplanten Maßnahmen dienen hauptsächlich der **Ersatzbeschaffung**, wie 59% der Betriebe mitteilen (Mehrfachnennungen). An zweiter Stelle stehen Investitionen zur Einführung von Produktinnovationen (41%), gefolgt von Rationalisierungsmaßnahmen (25%) und Investitionen zur Erhöhung der Kapazitäten (22%). Maßnahmen zur Stärkung des Umweltschutzes sind nur von nachrangiger Bedeutung (9%).

Die **Beschäftigungssituation** bleibt im Laufe dieses Jahres stabil. Dies bestätigen 69% der antwortenden Dienstleister. Zugleich planen mehr Unternehmen einen Aufbau als einen Abbau von **Arbeitsstellen** (18% gegenüber 13%). Die Beschäftigungspläne weichen allerdings in den einzelnen Sparten stark voneinander ab: Die Betriebe aus dem Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie aus dem Kreditgewerbe planen für die kommenden 12 Monate nur selten oder gar keine Neueinstellungen und ziehen verstärkt eine Verringerung ihrer Beschäftigtenzahl in Erwägung. Dagegen berichten vergleichsweise viele unternehmerorientierte Dienstleister über die Absicht eines Personalaufbaus. Zu Jahresanfang 2015 gestalteten sich die Beschäftigungspläne etwas günstiger. Zu diesem Zeitpunkt sprachen 21% von geplanten Neueinstellungen und ebenfalls 13% erwogen eine Reduzierung ihrer Mitarbeiterzahl.

